7. Satzung
zur Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen
über das Friedhofs- und Bestattungswesen

Vom ...

Aufgrund von § 4 des Bestattungsgesetzes NRW (BestG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01. September 2003 (GV NRW S. 313), zuletzt durch Gesetz vom 09. Juli 2014 (GV NRW S. 405) und § 7 der Gemeindeordnung NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Januar 2018 (GV NRW S. 90), hat der Rat der Stadt Geilenkirchen in seiner Sitzung am ... folgende Friedhofssatzung beschlossen:

Art. 1

In § 2 werden die Absätze 2 und 3 wie folgt geändert und ergänzt sowie Abs. 4 neu hinzugefügt:

Abs. 2, Satz 3

Die Bestattung und Beisetzung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. **Die Zustimmung kann im Rahmen der Belegungskapazitäten erteilt werden.**

- (3) Die Friedhöfe dienen auch der letzten Ruhe von Sternenkindern. Sternen Kinder sind Tot- und Fehlgeburten sowie aus Schwangerschaftsabbrüchen stammende Leibesfrüchte. Für Sternen Kinder gelten die für Tote bis zum vollendeten fünften Lebensjahr geltenden Satzungsvorschriften entsprechend.
- (4) Die Friedhöfe erfüllen aufgrund ihrer gärtnerischen Gestaltung auch allgemeine Grünflächenfunktionen. Deshalb hat jeder das Recht, die Friedhöfe als Orte der Ruhe und Besinnung zum Zwecke einer der Würde des Ortes entsprechenden Erholung aufzusuchen.

Art. 2

§ 4 Abs. 3 Satz 2 wird wie folgt geändert:

- (3) Die in Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten Bestatteten werden, falls die Ruhefrist noch nicht abgelaufen ist, die in Wahlgrabstätten/**Urnenwahlgrabstätten**, falls die Nutzungszeit noch nicht abgelaufen ist, für die restliche Ruhezeit und das restliche Nutzungsrecht auf Kosten der Stadt in andere Grabstätten umgebettet.

Art. 3

§ 7 Abs. 6 wird wie folgt geändert:

- (6) Der Friedhofsträger kann ein Tätigkeitsverbot verhängen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass ein Gewerbetreibender in fachlicher, betrieblicher oder persönlicher Hinsicht unzuverlässig ist. Gewerbetreibende, die unvollständige Anträge vorlegen oder nicht korrekt dimensionierte Abmessungen von sicherheitsrelevanten Bauteilen in den Anträgen genannten Daten enthalten, können allein aus diesem Grund als fachlich unzuverlässig eingestuft werden. Die Entscheidung ergeht durch schriftlichen Verwaltungsakt. Bei besonderer Eilbedürftigkeit kann der Friedhofsträger ein vorläufiges Tätigkeitsverbot auch auf anderem Weg verhängen.

Art. 4

§ 12 Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt geändert und ergänzt:

- (2) Vor Ablauf der Ruhezeit darf die Genehmigung zur Umbettung nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden. Ein für das Vorliegen eines wichtigen Grundes entsprechender Umstand ist das zu Lebzeiten erklärte und erst nach der Bestattung oder Beisetzung bekannt gewordene Einverständnis des Toten. Eine Umbettung innerhalb des Stadtgebietes soll nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses genehmigt werden; insoweit gilt bis zum Schutz des postmortalen Persönlichkeitsrechts des Toten ein besonders strenger Prüfungsmaßstab.

Art. 5

In § 13 Abs. 2 wird Buchstabe d) wie folgt geändert und Buchstabe k) neu hinzugefügt:

...

d) Urnenwahlgrabstätten

...

k) Urnenbaumgrabstätten

Art. 6

In § 14 werden die Abs. 3, Satz 2 und Abs. 4 wie folgt ergänzt:

- (3) Es ist jedoch zulässig, in einer Reihengrabstätte die Leiche eines Kindes unter einem Jahr, Tot- und Fehlgeburten sowie die aus einem Schwangerschaftsabbruch stammende Leibesfrucht oder die Leichen von gleichzeitig verstorbenen Familienangehörigen zu bestatten, **sofern die Nutzungszeit hierdurch nicht überschritten wird.**
- (4) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von Ihnen nach Ablauf der Ruhezeit ist zwei Monate vorher öffentlich und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt zu machen **oder im Falle eines Nutzungsberechtigten diesem schriftlich mitzuteilen.**

Art. 7

In § 15 b) Rasengrabstätten werden die Abs. 2 und 3 wie folgt ergänzt sowie § 15 c) wie folgt geändert:

- (2) Rasengrabstätten werden unterschieden in Einfach- und Tiefengräber. **Gegenüber Einfachgräbern sind in einem Tiefengrab zwei Bestattungen übereinander möglich.** Zusätzlich können bis zu zwei Urnen in einem Rasengrab beigesetzt werden.
- (3) Rasengrabstätten können mit einer liegenden Gedenktafel versehen werden und werden durch die Friedhofsverwaltung mit Rasen eingesät. Eine Bepflanzung ist unzulässig. Die Pflege der Rasengrabstätten obliegt der Stadt. Die Gedenktafeln (Grabplatten) für Rasengrabstätten sollen aus Naturstein sein und müssen eine Größe von 0,40 m x 0,40 m und eine Stärke von **mindestens 0,03 m** haben. **Bei Rasentiefengräbern ist eine Größe der Gedenktafeln von maximal 0,60 m x 0,40 m zulässig.** Die Grabplatte muss am oberen Ende der Grabstelle in den dafür vorgesehenen Kiesstreifen eingebaut werden. Die Beschriftung **und die Symbole können mittels Gravur oder einzelnen Buchstaben und Ziffern in Bronze angebracht werden.** Das Aufstellen eines anderen Denkmals oder Gedenksteins ist nicht gestattet und wird ohne weitere Aufforderung durch die Friedhofsverwaltung beseitigt. **Grab schmuck, Kerzen und Blumen dürfen nur innerhalb des Kiesstreifens abgelegt werden.**
- c) Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme des Abs. f an einer Wahlgrabstätte nur für die Dauer von 30 Jahren erworben werden. Es entsteht nach Zahlung der **vollständigen Gebühr sowie mit der Aushändigung der Verleihungsurkunde.**

Art. 8

In § 15 b) werden die Abs. 1 a), 2, 4 und 5 wie folgt geändert bzw. ergänzt, Abs. 1f) und Abs. 5b neu hinzugefügt sowie Abs. 7 wie folgt ergänzt:

(1) Aschen dürfen beigesetzt werden in

a) Urnenwahlgrabstätten

...

f) Urnenbaumgräber

(2) **Urnenwahlgrabstätten** sind für Urnenbeisetzungen bestimmte Grabstellen, **deren Lage im Benehmen mit dem Erwerber des Nutzungsrechts innerhalb des zur Verfügung stehenden Grabfeldes bestimmt wird.** **Urnenwahlgrabstätten** haben eine Größe von 1,20 m Länge und 1,20 m Breite, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 20 Jahren verliehen wird. § 15 c) bis j) gelten entsprechend. In einer **Urnenwahlgrabstätte** können bis zu vier Urnen beigesetzt werden.

- (4) Für Aschenbeisetzungen stehen –soweit vorhanden– Kolumbarien zur Verfügung, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 20 Jahren verliehen und deren Lage gleichzeitig von der Friedhofsverwaltung festgelegt wird. In einem Kolumbarium können bis zu zwei Urnen beigesetzt werden. § 15 c) bis j) gelten entsprechend.

Die Urnenkammer wird mit einer von der Friedhofsverwaltung zur Verfügung gestellten Abdeckplatte aus Granit „Nero Impala“ sicher verschlossen. Auf der Abdeckplatte dürfen durch den Nutzungsberechtigten eine Beschriftung und Ornamente in Bronze oder mittels Gravur angebracht werden. Das Anbringen eines Bildes der verstorbenen Person ist möglich. Die Buchstaben des Schriftzuges, die Ornamente oder das Bild sind der Größe der Abdeckplatte anzupassen. Der Schriftzug darf lediglich den Vornamen, Familiennamen sowie das Geburts- und Sterbedatum des Verstorbenen beinhalten. Alle Arbeiten sind durch eine Fachfirma auszuführen.

Das Anbringen von Blumenschmuck und Kränzen an der Abdeckplatte der Urnenkammer ist nicht erlaubt. Das Anbringen von Zubehör wie z.B. Vasen, Kranzhaken, Weihwasserbehältern oder Wandlaternen ist nicht zulässig.

Im Interesse aller Nutzungsberechtigten ist das Ablegen von Frischblumen und Kerzen am Kolumbarium **nur in der Zeit von Gründonnerstag bis Weißen Sonntag, im gesamten November, vom 23. Dezember bis 07. Januar sowie im Rahmen einer Beisetzung erlaubt**, wenn dadurch das Gesamtbild der Anlage nicht beeinträchtigt wird. Es ist nicht gestattet, Pflanzschalen, Gefäße, Kerzen und anderen Friedhofschmuck **vor bzw. auf dem Kolumbarium außerhalb der genannten Zeiten abzustellen**. Diese werden durch die Friedhofsverwaltung ohne weitere Ankündigung entfernt.

- (5a) Urnenrasengrabstätten sind Grabstätten für Aschebeisetzungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 20 Jahren verliehen und deren Lage durch die Friedhofsverwaltung gleichzeitig mit dem Erwerb festgelegt wird. § 15 Buchstaben c) bis j) gelten entsprechend. In einer Urnenrasengrabstätte können bis zu zwei Urnen beigesetzt werden.

Urnenrasengrabstätten können mit einer liegenden Gedenktafel versehen werden und werden durch die Friedhofsverwaltung mit Rasen eingesät. Eine Bepflanzung ist unzulässig. Die Pflege der Urnenrasengrabstätten obliegt der Stadt. Die Gedenktafeln (Grabplatten) für Urnenrasengrabstätten sollen aus Naturstein sein und müssen eine Größe von 0,40 m x 0,40 m und eine Stärke von **mindestens 0,03 m** haben. **Bei einer Doppelbelegung ist ein Maß von maximal 0,60 m x 0,40 m zulässig**. Die Grabplatte muss am oberen Ende der Grabstelle in den dafür vorgesehenen Kiesstreifen eingebaut werden. Die Beschriftung sowie die Symbole **können mittels Gravur oder einzelnen Buchstaben und Ziffern in Bronze angebracht werden**. Das Aufstellen eines anderen Denkmals oder Gedenksteins **ist nicht gestattet**. **Das Ablegen von Grabschmuck, Kerzen und Frischblumen ist nur in dem entsprechenden Kiesstreifen zulässig**.

- (5b) Zur Beisetzung von Urnen unter Bäumen sind Baumfelder mit verschiedenen Gehölzen angelegt. Urnenbaumgrabstätten sind Wahlgrabstätten für bis zu zwei Ur-

nenbestattungen und werden als Erdurnensystem angelegt. Die Lage sowie das entsprechende Grabfeld können –je nach Verfügbarkeit- im Einvernehmen mit der Friedhofsverwaltung frei gewählt werden. Blumen, Topfpflanzen sowie sonstiger Grabschmuck sind nicht zulässig und werden ohne weitere Ankündigung entfernt.

- (7) Nach Ablauf der Ruhefrist und ohne weitere Verlängerung des Nutzungsrechts ist die Friedhofsverwaltung befugt, die Urne(n) zu entfernen. Sie ist an geeigneter Stelle des Friedhofs der Erde zu übergeben. **Ausnahmen hiervon sind im Einzelfall möglich.**

Art. 9

In § 19 werden die Abs. 3 e und 4 wie folgt geändert und ergänzt:

- (3) e) auf **Urnenwahlgrabstätten** bis zu 1,20 m einschl. Sockel
- (4) Liegende Grabmale (Grabplatten) dürfen höchstens **die Hälfte** je Grabstelle bedecken. **Grablampen und Kerzenhalter gelten ebenfalls als Abdeckung.**

Art. 10

In § 20 wird Abs. 5 neu hinzugefügt:

- (5) Im Fall von Grabmälern und Grabeinfassungen aus Naturstein ist dem Friedhofsträger mit dem Antrag entweder eine Bestätigung darüber, dass das Material aus einem Staat stammt, in dem bei der Herstellung von Naturstein nicht gegen das Übereinkommen Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 17.Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit verstoßen wird (Positiv-Liste), oder die Bestätigung einer anerkannten Zertifizierungsstelle darüber, dass die Herstellung ohne schlimmste Formen von Kinderarbeit erfolgte, und die Steine durch das Anbringen eines Siegels oder in anderer Weise unveränderlich als zertifiziert gekennzeichnet sind, vorzulegen.

Art. 11

In § 21 werden die Abs. 1 und 2 wie folgt geändert sowie Abs. 3 ersatzlos gestrichen:

- (1) Zum Schutz der Allgemeinheit und des Nutzungsberechtigten sind die Grabmale und **sonstige bauliche Anlagen wie Grabeinfassungen nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks (Richtlinie zur Erstellung und Prüfung von Grabmalanlagen des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerks in der jeweils gültigen Fassung)** so zu fundamentieren und zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können.

- (2) Die Einbringung von Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen wie Grabeinfassungen darf nur durch zuverlässige Gewerbetreibende im Sinne des § 7 Abs.2 erfolgen, die für diese Tätigkeit über einen gegenüber dem Friedhofsträger nachgewiesenen Betriebshaftpflichtversicherungsschutz im Sinne des § 102 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) mit Deckungssummen in Höhe von mindestens einer Million Euro je Schadensfall sowohl für Personen – als auch für Sachschäden verfügen. Der Friedhofsträger kann Ausnahmen zulassen, wenn sichergestellt ist, dass eine sonstige fachkundige Person mit im Wesentlichen wirkungsgleichem und gegenüber dem Friedhofsträger nachgewiesenem Haftpflichtversicherungsschutz die Maßnahme begleitet und sie gegenüber dem Friedhofsträger verantwortet.

Art. 12

§ 23 a Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt geändert:

- (2) ... Die Höhe der Gebühr richtet sich **gemäß § 10 a der Friedhofsgebührensatzung in der derzeit gültigen Fassung nach dem tatsächlichen Arbeitsaufwand.**

Art. 13

§ 32 Abs. 1 b) und c) wird wie folgt geändert und die Buchstaben j), k) und l) neu hinzugefügt:

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer
- b) die Verhaltensregeln des § 6 Absatzes 3 missachtet
 - c) entgegen § 6 Absatz 6 Totengedenkfeiern ohne vorherige Zustimmung der Friedhofsverwaltung durchführt
 - j) entgegen § 25 Absatz 4 Pflanzenschutz- oder Unkrautbekämpfungsmittel verwendet**
 - k) entgegen § 20 Unterlagen nicht oder nicht vollständig vorlegt,**
 - l) entgegen § 21 Abs. 2 bei der Einbringung von Grabmalen oder Grabeinfassungen nicht über den vorgeschriebenen Versicherungsschutz verfügt.**

Art. 14

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.